

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/31

16. Februar 1976

Zehn Thesen für die Aussöhnung mit Polen

Am 19. Februar steht die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik auf dem Spiel

Von Bruno Friedrich MdB
Außenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 bis 3 / 126 Zeilen

Niedersachsen-SPD hat wieder Tritt gefaßt

Willy Brandt gab Impulse für die weitere Arbeit

Seite 4 / 35 Zeilen

Eine kontinentale Tribüne der Demokratie

Die Rolle des Europarats nach dem Tindemans-Bericht

Von Klaus Richter MdB
Leiter der Deutschen Delegation und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Ein Hauch von 1972

Albrecht begeht Akt der verfassungspolitischen PreSSION

Seite 7 / 31 Zeilen

Ein Leben für die soziale Demokratie

Zum 25. Todestag des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler

Seite 8 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 37 80 57 - 38
Telex: 06 89 848 - 88 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Zehn Thesen für die Aussöhnung mit Polen

Am 19. Februar steht die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik auf dem Spiel

Von Bruno Friedrich Moß

Außenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Der Ratifizierung der deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 9. Oktober 1975 ist sowohl für die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland als auch für die Zukunft der Entspannung zwischen allen Staaten Europas ein Rang zuzumessen, der den materiellen Gehalt dieser Vereinbarungen - Rentenabkommen, Ausreiseprotokoll und Wirtschaftskredit - weit übersteigt.

Deshalb muß die Auseinandersetzung um diese Vereinbarungen, sollte der Bundesrat die Zustimmung verweigern, zu einem zentralen Konflikt der deutschen Politik führen. Dieser Konflikt ist nicht nur ein Streit um das Für und Wider der Ostpolitik. Was sich abzeichnet ist ein Verfassungskonflikt zwischen dem Bund und der Mehrheit des Bundesrates, mit der Frage, ob es den Ländern erlaubt ist, aus anderen politischen Gründen als genau denen der Zustimmungsbedürftigkeit, ein Bündel internationaler Vereinbarungen scheitern zu lassen. Ist dies möglich, dann würde Artikel 32 des Grundgesetzes, der die auswärtige Gewalt eindeutig dem Bund zuordnet, ausgehöhlt.

Dies wäre die Einschränkung der Handlungsfähigkeit und der Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen und jeder künftigen Bundesregierung in der Auswärtigen Politik. Dieser zur Vertragsdiskussion nun hinzukommende Verfassungsespekt wird bei der Vertragsdebatte im Bundestag und Bundesrat zu beachten sein.

Nachdem die Ausschüsse des Bundestages ihre Beratungen abgeschlossen haben, kann man die Gründe und die Problematik der Vereinbarungen in den folgenden 10 Thesen zusammenfassen:

1/ Die Bundesrepublik Deutschland kann in ihrer geographischen Lage in der Mitte Europas und 31 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf die Dauer nicht ohne Normalisierung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarn, besonders den ehemaligen Kriegsgegnern leben.

2/ Die Bundesrepublik Deutschland spielt heute an verschiedenen Schnittpunkten der Weltpolitik eine entscheidende Rolle. Sie ist zwar keine Weltmacht, will auch nicht die europäische Führungsmacht sein, sie ist aber eine zentrale politische Größe in Europa mit entscheidendem Gewicht in den wichtigsten internationalen Fragen. Sie steht unter den westlichen Partnern Mitteleuropas in den wirtschaftlichen Beziehungen an erster Stelle.

3/ Die Bundesrepublik Deutschland kann sich der Tatsache nicht entziehen, daß ihre politische Grundhaltung in Europa über Entspannungs- oder

Konfliktpolitik wesentlich mitentscheidet. Dies gibt der Bundesrepublik Deutschland in der Außenpolitik eine hohe Verantwortung, der alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik gerecht werden müssen.

4/ Das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland, ihre Fähigkeit zu konstruktiver und konfliktüberbrückender Politik, bestimmt wesentlich die Chance der Vereinbarungen, die in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 1. August 1975 in Helsinki von 35 Staaten unterzeichnet worden ist.

5/ Die besondere Rolle der Bundesrepublik Deutschland und Polens in Europa, vor allem ihre internationale Verantwortung, verlangen die Überwindung der historischen Barrieren, einen Neubeginn, die Normalisierung und die Zusammenarbeit der beiden Völker. An erster Stelle steht die Überwindung einer historischen, aus der Teilung Polens begründeten Erbfeindschaft. Dazu ergibt sich heute eine neue Chance, denn die Bundesrepublik Deutschland kann und will nicht die Hegemonialmacht Europas sein.

6/ Ohne bewußte Aussöhnung nach den schweren Opfern des Zweiten Weltkrieges gibt es auch keinen Neubeginn und keine Normalisierung. In Polen hat Hitlers Wille zur Zerstörung des polnischen Staates, haben die menschenunwürdigen Vernichtungslager, besonders das von Auschwitz, tiefe Wunden hinterlassen. Der Verlust weiter deutscher Gebiete und die Vertreibung der dort lebenden Deutschen haben über viele Jahre auf deutscher Seite die Aussöhnung erschwert. Gerade deshalb ist es von höchster Bedeutung, daß sich auf beiden Seiten die Kirchen engagiert und der Aussöhnung moralisches Gewicht gegeben haben.

7/ Die Lösung der einer Aussöhnung und Normalisierung entgegenstehenden Probleme macht den Weg frei zu Beziehungen, die für beide Völker von höchstem Nutzen sein werden. Deutschland und Polen müssen nach den Erfahrungen zweier Weltkriege, angesichts der Anhäufung schlimmster Vernichtungswaffen besonders in Mitteleuropa, vor allen anderen Staaten an einer wirklichen Entspannungs- und Friedenspolitik interessiert sein. Beide Länder haben die Voraussetzungen für eine hervorragende wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir sollten nicht vergessen, daß es neben den historischen Belastungen der Vergangenheit aus der Geschichte auch viele wertvolle kulturelle Gemeinsamkeiten gibt. Ihre Entwicklung durch einen deutsch-polnischen Kulturaustausch wäre eine wichtige Grundlage dafür, daß Polen und Deutsche sich künftig besser verstehen.

8/ Es gibt keine andere Möglichkeit, als die, mit einer großen Anstrengung den Weg zur völligen Normalisierung freizumachen. Diesem Ziel dienen die Vereinbarungen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, in Helsinki, die in den Vereinbarungen beider Staaten vom 9. Oktober 1975 ihren Niederschlag gefunden haben. Diese Vereinbarungen sind ein nach langwierigen Ver-

handlungen erreichter Kompromiß, der für beide Seiten nur tragfähig ist, wenn jede Seite für sich auch die Nachteile des Kompromisses zu tragen bereit ist; auch weil die Folgen eines Scheiterns dieser Vereinbarungen weder für die Beziehungen der beiden Länder, noch vor den Staaten Europas zu verantworten wäre.

9/ In den Beratungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestages, die abgeschlossen sind und nun eine Behandlung der Vereinbarungen am 19. Februar im Plenum des Bundestages ermöglichen, hat sich herausgestellt, daß die sachlichen Einwände der CDU/CSU nicht stichhaltig waren. Dies wird sich auch aus der Drucksache über die Ausschüßberatungen ergeben. Seit der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. Januar 1976 gibt es für den Bundestag neue Erkenntnisse über die Zahl der Ausreisewilligen. Danach kann man nicht mehr von einer Zahl von 280.000 Aussiedlungswilligen ausgehen. Auch darüber wird der Auswärtige Ausschuß dem Plenum des Bundestages schriftlichen Bericht erstatten. Jedenfalls ist die Frage der vollständigen Lösung des humanitären Problems der Ausweise in die Bundesrepublik sowohl in eine zahlenmäßig als auch zeitmäßig erkennbare Dimension gerückt.

10/ Seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 haben sich die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sehr günstig entwickelt. 1970 betrug die deutsche Ausfuhr nach Polen 650 Millionen DM und die deutsche Einfuhr aus Polen 740 Millionen DM. 1975 betrug der deutsche Export nach Polen 3.610 Millionen DM; der Import aus Polen in die Bundesrepublik 1.420 Millionen DM. Der Handelsüberschuß zugunsten der Bundesrepublik von 2,19 Milliarden DM sichert zehntausende von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik. Ein Wirtschaftskredit an Polen zur Fortführung der Handelsbeziehungen liegt deshalb in unserem natürlichen wirtschaftlichen Interesse. (Frankreich, dessen Handelsumfang mit Polen nur die Hälfte des deutsch-polnischen entspricht, hat zinsverbilligte Milliardenkredite an Polen gegeben).

Daß zum zweiten Male die deutsch-polnische Aussöhnung in die Atmosphäre eines Bundestagswahlkampfes gerät, wird die Koalition nicht hindern, das von ihr als notwendig Erkannte mit Entschiedenheit zu vertreten. Gültig ist, was die "Süddeutsche Zeitung" am 4. Februar 1976 über die Folgen eines Scheiterns dieser Vereinbarungen geschrieben hat: "Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik litte schweren Schaden. Eben erst mühsam gewonnene Bewegungsfreiheit reduzierte sich wieder auf ein Minimum. Die westeuropäischen Freunde würden sich angesichts der neuen deutsch-polnischen Vereisung indigniert abwenden und dann kühl ihren eigenen Geschäften nachgehen, zum Nachteil der Deutschen. Die Sicherheit und die Stabilität in Europa würden nicht größer, sondern geringer, wiederum zum Schaden der Bundesrepublik."

Wir begrüßen es, daß nach einer schwierigen Phase, vor allem in den Jahren 1973/74, der Erste Sekretär der PVAP, Edward Gierek, ebenso wie Bundeskanzler Helmut Schmidt den Mut hatte, einen tragbaren Kompromiß einzugehen. Die polnisch-deutsche Aussöhnung ist ein schwieriger Prozeß. Sein Tempo darf nicht von denen bestimmt werden, die sich den konkreten Schritten entgegenstellen. Wir sollten in die Zukunft schauen und nicht in die Vergangenheit.

Vieles sollte im Interesse unserer Völker noch angepackt werden. Hier möchte ich nur zwei mir bedeutsam scheinende Fragen ansprechen: die Verbreiterung des deutsch-polnischen Kulturaustausches und die Überprüfung der Geschichtslehrbücher. Damit könnte ein wichtiger Beitrag geleistet werden, Mißtrauen und Voreingenommenheit abzubauen und der Verständigung und der Vereöhnung zu dienen.

(-/16.2.1976/ks/pr/ja)

Niedersachsen-SPD hat wieder Tritt gefaßt

Willy Brandt gab Impulse für die weitere Arbeit

Der Schock von Hannover ist überwunden. Wer glaubte, daß das im Zwielicht zustande gekommene und von langer Hand vorbereitete Abstimmungsergebnis im niedersächsischen Landtag, das den CDU-Politiker Ernst Albrecht mit Hilfe von drei Dunkelmännern zum Ministerpräsidenten machte, die niedersächsischen Sozialdemokraten aus dem Gleis werfen würde, der sah sich spätestens am Sonntag getäuscht. Die eindrucksvolle Funktionärskonferenz, zu der 400 Vertrauensleute der Partei nach Hannover gekommen waren, hat deutlich gemacht: die vier niedersächsischen SPD-Bezirke haben wieder Tritt gefaßt.

Eine Selbsterfleischung fand nicht statt. Auch von Resignation war kaum etwas zu spüren. Die sicherlich schwierige Situation, nach nahezu dreißigjähriger Regierungsverantwortung wieder in die Opposition gehen zu müssen, wird die niedersächsischen Sozialdemokraten nicht dazu verleiten, den Kopf in den Sand zu stecken. Willy Brandt hat in seinem Referat Impulse für die künftige Arbeit gegeben, er hat zu verstehen gegeben, daß kein Grund vorhanden ist, sich zu verstecken. Niedersächsischen Sozialdemokraten werden auch in der Opposition geschlossen zusammenstehen und eine solide Arbeit leisten. Sie werden ihre Vertrauensarbeit und das Gespräch mit dem Bürger intensivieren.

Karl Ravens, der der niedersächsischen SPD 1978 als Spitzenkandidat zur Verfügung steht, hat die Parole "Für uns gibt es nur den Weg nach vorn! Wir werden nicht heruntaktieren, sondern Politik machen!" ausgegeben. Dieser Appell hat gefunkt, er wurde von der Partei aufgenommen und wird jetzt an der Basis umgesetzt sein. Die Solidarität, die in Hannover den Spitzenpolitikern der Partei entgegengebracht wurde, bestärkte die Gewissheit, daß die niedersächsische SPD intakt ist. Sie steht am Anfang einer arbeitsintensiven Opposition.

Da die Funktionärskonferenz mehr als nur ein Zur-Schau-Stellen von Geschlossenheit war, ist sicher: Die niedersächsische SPD wird ihre neuen Aufgaben ernst nehmen. Die von Dunkelmännern ermöglichte CDU-Regierung wird dann bald am Ende ihrer Illusionen sein. Niedersächsische Sozialdemokraten werden darum kämpfen, daß die Verantwortung für ihr Land wieder in SPD-Hände gelegt wird. Spitzenkandidat Karl Ravens, Landesausschußvorsitzender Peter von Qertzen und Fraktionsvorsitzender Bernhard Kreibohm sind die besten Garanten dafür.

Bode Jaga
(-/16.2.1976/Se/ja)

* * *

Eine kontinentale Tribüne der Demokratie

Die Rolle des Europarats nach dem Tindemans-Bericht

Von Klaus Richter MdE

Leiter der Deutschen Delegation und
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Der Bericht des belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans zur Europäischen Union vom 29. Dezember 1975 enthält einen Passus, der, ohne den Europarat ausdrücklich zu nennen, eine Aufgabenstellung formuliert, die für die beiden Zusammenschlüsse des demokratischen Europas in der nächsten Zukunft von zentraler Bedeutung sein wird.

Dieser Passus lautet: "In Europa muß sich unsere Aufmerksamkeit besonders auf die europäischen Länder richten, die eine der unseren entsprechenden demokratischen Ordnung besitzen. Mit diesen Ländern müssen Beziehungen hergestellt werden, die es ermöglichen, bei der Erarbeitung der politischen Beschlüsse der Union auch ihren Interessen und Standpunkten Rechnung zu tragen und zugleich um ihr Verständnis und ihre Unterstützung für unser Vorgehen zu werben. Die Gewöhnung an diese formlose Zusammenarbeit wird eines Tages den Beitritt der Staaten, die an einer Mitgliedschaft interessiert sind, erleichtern."

Der Europarat ist gerade in dieser Perspektive der Europäischen Union jene Institution, die eine Brücke zwischen dem Europa der Neun und den übrigen demokratischen Staaten Europas schlagen kann. Er hat nicht nur bei der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Griechenland eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt, sondern vielmehr auch die demokratischen Kräfte in Portugal und Spanien in vieler Hinsicht gestützt und gestärkt. Als Instrument zur Herstellung einer möglichst umfassender Solidarität des demokratischen Europas kann und wird der Europarat gerade in der Phase bis zu einer erneuten Erweiterung der Neunergemeinschaft, die jetzt mit dem zu erwartenden Beitritt Griechenlands ins Auge gefaßt wird, eine nützliche Rolle

als Bindeglied spielen.

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher hat als Vorsitzender des Ministarkomitees während der Januarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats unter Berufung auf die die Demokratie und die Menschenrechte fördernde Funktion des Europarats erklärt, daß die Bundesregierung entschlossen sei, "die Möglichkeiten voll zu nutzen, die diese Organisation den europäischen Demokraten gibt, ihre gemeinsamen Überzeugungen und Interessen zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und zu stärken." Die mit der Menschenrechtskonvention und ihren fünf Protokollen geschaffenen Einrichtungen und Verfahren zum Schutz der Menschenrechte haben sich für unsere demokratische Gesellschaft wie auch für den einzelnen Bürger in dieser Gesellschaft als wirkungsvolle Instrumente erwiesen.

Bei der Schaffung internationaler Rechtsnormen hat der Europarat in zahlreichen Fällen die Initiative ergriffen. Er hat sich dabei nicht scheut, auch schwierige Rechtsfragen zu behandeln, so z.B. bei der Behandlung des Rechts der Kranken, eine Frage, die auch die Euthanasieproblematik einschließt. Eine Konvention zum Schutz gegen den internationalen Terrorismus befindet sich im Stadium der Ausarbeitung. Entsprechende Empfehlungen der Versammlung sowie eine Resolution zur Terrorismusproblematik liegen vor.

In dem Entwurf eines intergouvernementaler Arbeitsprogramms für die Jahre 1976 bis 1980, der in der Januarsitzung der Parlamentarischen Versammlung diskutiert wurde; stehen der Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte an erster Stelle. In der Tat liegt auf dem Gebiet der Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte neben den zahlreichen anderen Sachgebieten, die es zu behandeln gibt, die vornehmste Aufgabe des Europarats. Diese Aufgabenstellung entspricht auch dem Interesse der Europäischen Union an einem guten Verhältnis zu den übrigen Demokratien Europas.

(-/16.2.1976/va/je)

+ + +

Ein Hauch von 1972

Albrecht begeht Akt der verfassungspolitischen Pression

Der erste Schritt des CDU-Ministerpräsidenten in Niedersachsen war für ihn als Ministerpräsident durch eine Verfälschung des Wählerwillens möglich. Diese Verfälschung kann ihm nicht persönlich angelastet werden, aber die Tatsache seines Minderheitenkabinetts beweist, daß er von dieser Verfälschung lebt.

Albrechts zweiter Schritt ist die von ihm am Sonntag angekündigte, gewollte Verfälschung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik. Völlig unabhängig davon, ob man das Ausreiseprotokoll für 125.000 Deutsche aus Polen bejaht oder ablehnt, es gibt keine Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates für dieses Ausreiseprotokoll. Die Zuständigkeit liegt nach Artikel 37 und 73 Grundgesetz ausschließlich bei der Bundesregierung und beim Bundestag.

Indem Albrecht die Zustimmung der CDU für das Rentenabkommen abhängig macht von einem Neuverhandeln über das Ausreiseprotokoll, begeht er nicht unbewußt, sondern bewußt den Akt einer verfassungspolitischen Pression. Er verlangt vom Bund, daß in einer in der Außenpolitik in die Bundeszuständigkeit behörenden Frage neu verhandelt wird, damit in einer zustimmungsbedürftigen Frage, dem Rentenabkommen, die Zustimmung der Union erreicht wird.

Dem Versuch eines Bundesratsmitgliedes, den Bund in der Außenpolitik durch Pression gefügig zu machen, muß aus Verfassungsgründen entgegengetreten werden. Dies müßte in der Konsequenz - über die Bundesorgane wechselseitig zu handeln - zur Unglaubwürdigkeit unserer Verfassungsordnung und in der Praxis zur Regierungsunfähigkeit führen.

Bedenklich, daß Kohl und Stoltenberg das Verhalten Albrechts billigen. Aus Hannover, Mainz und Kiel weht ein Giftrauch des Jahres 1972 nach Bonn.

(fb/16.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

Ein Leben für die soziale Demokratie

Zum 25. Todestag des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler

Vor 25 Jahren, am 16. Februar 1951, starb Hans Böckler, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wie kein anderer hat Böckler den Wiederaufbau der Deutschen Gewerkschaften nach 1945 geprägt und bestimmt. Sein Wirken umspannte drei Phasen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Als er als Goldschläger 1894 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Fürth wurde, war dieser Verband gerade gegründet worden, die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach den Verfolgungen des Sozialistengesetzes erst in den Anfängen ihres Aufbaus. Ohne wesentlichen rechtlichen Schutz, ständigen staatlichen und unternehmerischen Verfolgungen ausgesetzt, bedurfte es damals besonderen Mutes, sich offen als Gewerkschaftler zu bekennen.

Nach den bitteren Jahren der Verfolgung und der Haft während der Nazizeit wurde es somit für Hans Böckler zur zentralen Aufgabe der neuen freien Gewerkschaftsbewegung, daß sie ein maßgeblicher Faktor in der Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen Geschehens werden müsse. Mit diesem Ziel begann Hans Böckler seinen dritten entscheidenden Abschnitt: den Wiederaufbau dieser neuen Gewerkschaftsbewegung nach Kriegsende.

Hans Böckler setzte sich nach 1945 vor allem zwei Ziele: eine Einheitsgewerkschaft, nicht nur weltenschaulich, sondern auch eine Einheitsgewerkschaft mit starker Spitze, in der die Berufsgruppen Untergliederungen werden sollten. Er war überzeugt, daß nur so die riesigen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen seien. Die Briten, aber auch einige Gewerkschaftsführer, lehnten jedoch diese zentralistischen Organisationen ab, Hans Böckler mußte nachgeben, forderte jedoch seine Kollegen auf, seine weitergehenden, zusammenfassenden Pläne nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Absicht, die bis heute Wunsch geblieben ist, denn alle Reformdiskussionen der letzten Jahre haben an der Entscheidung von 1945/46 nichts mehr ändern können.

Die parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft, an deren Aufbau Hans Böckler entscheidenden Anteil hatte, hat trotz mancher Belastung ihre Bewährungsprobe schon längst bestanden. Neben der Schaffung der Einheitsgewerkschaft wird Hans Böcklers Name und Wirken stets mit der Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Kohle- und Stahlindustrie verbunden bleiben. Ohne seinen Einsatz wäre sie kaum durchgesetzt worden. Als es schließlich um die Verteidigung dieser Mitbestimmung und ihrer Ausdehnung auf den Kohlenbergbau 1950, Anfang 1951 ging, scheute sich Hans Böckler nicht, seine letzten körperlichen Reserven für dieses Ziel zu verbrauchen. Nach mehreren Unterredungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer erreichte er dessen Zustimmung für das gewerkschaftliche Ziel.

Die entscheidenden Bundestagsdebatten hat Hans Böckler nicht mehr erlebt. Für ihn war die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie erst ein Anfang. Er verlangte sie auch in den anderen Wirtschaftszweigen. Seine Begründung für die Forderung nach Mitbestimmung, die Böckler bei seiner letzten öffentlichen Rede gab, gilt auch heute noch: "Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, daß der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt mißbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muß."

Dr. Dieter Schuster
(-/16.2.1976/Se/ja)

+ + +